

**15057/AB**  
**= Bundesministerium vom 05.09.2023 zu 15580/J (XXVII. GP)** bmaw.gv.at  
 Arbeit und Wirtschaft

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher  
 Bundesminister

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.499.983

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)15580/J-NR/2023

Wien, am 5. September 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm und weitere haben am 05.07.2023 unter der **Nr. 15580/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **VKI und AK gehen gegen Supermarktkette MPreis wegen Verweigerung der Bargeldannahme vor gerichtet.**

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 3**

- *Sind Sie als zuständiger Wirtschaftsminister über die Vorgangsweise der Tiroler Supermarktkette MPreis im Zusammenhang mit der Verweigerung der Bargeldannahme in der Filiale Museumstraße/Innsbruck informiert?*
  - *Wenn ja, seit wann?*
- *Sind sie über das Abmahnverfahren, das die Arbeiterkammer Tirol (AK) durch den Verein für Konsumenteninformation (VKI) gegenüber der Tiroler Supermarktkette MPreis im Zusammenhang mit der Verweigerung der Bargeldannahme in der Filiale Museumstraße/Innsbruck eingeleitet hat, informiert?*
  - *Wenn ja, seit wann?*

Die geschilderten Vorgänge sind mir ebenso aus den Medien bekannt wie die Tatsache, dass MPreis mittlerweile Bargeld wieder in allen Filialen akzeptiert.

**Zu den Fragen 2 und 4**

- *Welche wirtschaftspolitischen bzw. gewerberechtlichen Schlussfolgerungen ziehen Sie als Konsumentenschutzminister in diesem Zusammenhang?*
- *Werden Sie dieses Abmahnverfahren als zuständiger Wirtschaftsminister bzw. durch das BMAW unterstützen und wenn ja, in welcher Art und Weise?*

Wirtschaftspolitische oder gewerberechtliche Aspekte sind in diesem Zusammenhang nicht tangiert. Grundsätzlich ist jedoch auf die Beantwortung der am selben Tag gestellten parlamentarischen Anfrage Nr. 15603/J und im Übrigen auf die federführende Zuständigkeit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Konsumentenschutz und Pflege zu verweisen.

**Zur Frage 5**

- *Haben Sie als zuständiger Wirtschaftsminister Kenntnis über andere Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die die Bargeldannahme im Geschäftsverkehr verweigern?*
  - *Wenn ja, um welche Handels- und Dienstleistungsunternehmen handelt es sich und welche Maßnahmen werden Sie diesbezüglich wirtschaftspolitisch bzw. gewerberechtlich setzen?*

Nein.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt